

Stationäre Ökonomie – eine Antwort auf Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung?

Von Friederike Spiecker | 21.06.2013

Letzte Woche habe ich in dem Beitrag "[Marktwirtschaft – nein danke? Eine Standortbestimmung](#)" die Auffassung vertreten, dass es durch eine sinnvolle makroökonomische Steuerung in Verbindung mit einem geeigneten ordnungspolitischen Rahmen möglich ist, eine Marktwirtschaft so zu betreiben, dass Armut (bzw. Arbeitslosigkeit) und Umweltzerstörung überwunden werden können. Manche Wissenschaftler und einige interessierte Politiker und Bürger machen sich darüber Gedanken, ob nicht das Modell einer stationären Wirtschaft die richtige Antwort auf beide Problemfelder wäre: Die "Grenzen des Wachstums" (Club of Rome, 1972) scheinen in der Endlichkeit unseres Planeten und seiner natürlichen Ressourcen völlig offensichtlich zu sein. Und wer Arbeitslosigkeit als Folge des permanenten Produktivitätsfortschritts ansieht, weil das Wachstum der Wirtschaft (ob aus ökologischen oder welchen Gründen auch immer) nicht mit ihm Schritt halten kann, gewinnt leicht den Eindruck, mit dem Modell einer stationären Wirtschaft den Stein der Weisen gefunden zu haben.

Stationär heißt, dass etwas stillstehend oder im Gleichgewicht bleibt, zwar nicht starr sein muss, aber zumindest nicht (mehr) wächst. Könnte die dauernde Zunahme einerseits des Verbrauchs unserer natürlichen Ressourcen und andererseits der Arbeitslosigkeit nicht dadurch gestoppt werden, dass die Wirtschaft einfach nicht mehr wächst? Dann wäre zukünftigen wie gegenwärtigen Generationen gleichermaßen geholfen. Doch wie ist es möglich zu erreichen, dass eine Wirtschaft nicht mehr wächst? Wäre eine solche Konstellation mit dem System Marktwirtschaft auf Dauer vereinbar und, wenn ja, unter welchen Bedingungen? Kann man solche Bedingungen demokratisch beschließen und durchsetzen? Oder bräuchte man ein ganz anderes Wirtschaftssystem und, wenn ja, welches? Und löst man mit Nicht-Wachsen wirklich die beiden angesprochenen Problemfelder?

Ausgangspunkt einer Diskussion dieser Fragen muss meines Erachtens die Überlegung sein, dass es in einer Demokratie Freiheitsrechte des einzelnen gibt, die vor allem die Freiheit des Denkens und der Ideen einschließen. Ideen können zu Entdeckungen und Erfindungen führen, die das Leben erleichtern, schützen, verlängern, menschliche Arbeitskraft einsparen oder den Wohlstand des einzelnen mehren. Sie können auch Gegenteiliges bewirken, wie wir nicht nur vom Extrembeispiel der Atombombe, von Drogen und den Umweltschäden her wissen, die etwa der Raubbau im tropischen Regenwald oder der Ausstoß von Kohlendioxid verursachen. Wie man mit solchen möglichen negativen Fol-

gen der Umsetzung von Ideen umgeht, dazu weiter unten. An dieser Stelle kommt es mir zunächst auf die Feststellung an, dass sich bei Beachtung von Freiheitsrechten nicht verhindern lässt, dass sich Menschen einfallen lassen, wie Dinge weniger arbeitsintensiv hergestellt werden können, oder dass sie neuartige Dinge ausprobieren und produzieren. Leuchten anderen die Ergebnisse dieser neuen Ideen ein, veralten andere Produktionsweisen und Güter fast unausweichlich. Diese Freiheit besteht *unabhängig vom Wirtschaftssystem*, hängt aber vom politischen System ab. Produktivitätsstillstand lässt sich meines Erachtens in freiheitlichen, demokratischen Staaten nicht generell verordnen. Allein das schließt die Möglichkeit einer stationären Wirtschaft in unserem politischen System eigentlich von vornherein aus. Denn wie wollte man den Fluss neuer Ideen so steuern, dass sie das "Gleichgewicht" des bisherigen Zustands nicht stören?

Trotzdem will ich erklären, warum sich nicht nur Stationarität und Freiheit, sondern auch Stationarität und Marktwirtschaft in meinen Augen klar widersprechen. In einer Marktwirtschaft zeitigt die Freiheit andere Folgen als z.B. in einer Planwirtschaft, weil das Anreizsystem des Wettbewerbs die Nutzung der Freiheit fördert und dadurch den technischen Fortschritt begünstigt. (Das bedeutet übrigens nicht automatisch, dass eine Planwirtschaft dank langsameren technischen Fortschritts zu insgesamt umweltverträglicheren Ergebnissen führt, wie man etwa an den Umweltschäden in der DDR und anderen Staaten des Ostblocks sehen konnte.) Das schadet der Gesellschaft nicht grundsätzlich und notwendigerweise immer, wie man heute zu glauben geneigt ist. Vergleicht man das Wohlstandsniveau heute mit dem früherer Zeiten – und zwar nicht nur im Durchschnitt der Bevölkerung, sondern sehr wohl auch gemessen an der Stellung der materiell gesehen Ärmsten –, dann lässt sich feststellen, dass die Menschen wenigstens hierzulande nicht mehr Hunger leiden, wie das in früheren Jahrhunderten für viele normal war. (Dass der Hunger in anderen Teilen der Welt keine notwendige Folge des technischen Fortschritts hierzulande ist, bestätigen alle Vergleiche zwischen weltweitem Nahrungsbedarf und weltweiten Produktionsmöglichkeiten.)

Das Zentrum des technischen Fortschritts aber ist in einer Marktwirtschaft der Investitionsgütersektor. Er kann nicht einigermaßen gleichmäßig ausgelastet werden, wenn die Wirtschaft nicht wächst. Für Ersatzinvestitionen allein – das entspräche dem Einfrieren des gegenwärtigen Stands des Kapitalstocks und der Produktivität – ist er zu groß. Denn er hat ja dem Aufbau des bisherigen Kapitalstocks, also einer wachsenden Größe, gedient. Und selbst wenn er sich sozusagen einer Schallgrenze annähern würde, in der die Ersatzinvestitionen für eine Art gleichgewichtige Auslastung dieses Sektors ausreichen (etwa weil bei Erreichen von Vollbeschäftigung alle Produktivitätsgewinne in mehr Freizeit fließen), kann nicht garantiert werden, dass neue Entdeckungen und Erfindungen dieses Gleichgewicht nicht wieder fundamental stören. Ein fiktives Beispiel: Stellen Sie sich vor, dass auf einmal Erkenntnisse reifen, dass die Nutzung der Solarenergie auf Sonnenfarmen dem Boden so viel Wärme vorenthält, dass dieses oder jenes ökologische Gleichgewicht aus den Fugen gerät. Deshalb müsste die Gewinnung von Solarenergie auf andere Flächen, z.B. Verkehrsbereiche, ausgedehnt und auf Feldern zurückgefahren werden. Und schon wären so und so viele Solarpaneele obsolet und andere, für Fahrzeuge geeignete gefragt. Was ist dann mit dem "Gleichgewicht" im Investitionsgütersektor?

Mit anderen Worten: Eine stationäre Marktwirtschaft ist ein Widerspruch in sich. Eine Marktwirtschaft wächst entweder (in welcher Hinsicht, dazu weiter unten) oder sie schrumpft. Ein Fahrrad

fällt um, wenn es nicht fährt, außer es hat einen Ständer. Und einen solchen Ständer gibt es für die Marktwirtschaft nicht, auch nicht in Form einer bestimmten Zinshöhe oder einer bestimmten Relation zwischen Zinsen und Sparquote, Zinsen und Wachstumsrate oder ähnlichem. Schon oft habe ich darauf hingewiesen, dass die Marktwirtschaft ein in sich instabiles System ist.

Man kann das Fahrrad, die Wirtschaft, zwar immer schwergängiger machen, indem man die Zinsen mit Hilfe der Geldpolitik permanent über der Wachstumsrate hält (man spricht dann von einem positiven Zins-Wachstums-Differential). Dann fährt das Fahrrad aber schließlich so langsam (die Investitionen werden so geknebelt), dass es umfällt – die Wirtschaft gerät, angefangen beim Investitionsgütersektor, in einen Abwärtsstrudel. Den natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit ist damit aber bestenfalls kurzfristig gedient (wie etwa am regionalen Rückgang der Luftverschmutzung nach dem Zusammenbruch der Produktion in der DDR zu beobachten war). Auf lange Sicht führt der Abwärtsstrudel zu so stark steigender Arbeitslosigkeit, dass der daraus folgende Kampf ums Dasein mindestens ebenso viel Raubbau und Umweltzerstörung (bis hin zu Kriegsfolgen) nach sich zieht wie eine schlecht regulierte, aber wachsende Marktwirtschaft. Wäre es anders, müssten alle armen Regionen dieser Welt die reinsten Umweltparadiese sein, was meist nicht der Fall ist.

Wenn nun weder Demokratie noch Marktwirtschaft Stationarität vertragen, wie gehen wir dann mit der Endlichkeit unseres Planeten um? In der Marktwirtschaft besteht immerhin die Möglichkeit, die Gebiete, auf denen die Gesellschaft Veränderungen für besonders notwendig hält, zu fördern und allein dadurch andere Gebiete, die man für schädlich oder ungünstig hält, zu beschränken. Man kann den Märkten eine Entwicklungsrichtung vorgeben, wenn man das Anreizsystem entsprechend ausgestaltet, nach dem sich die Marktakteure richten. Die Versuche in Sachen Energiewende in Deutschland zeigen deutlich, wie flexibel einerseits das System Marktwirtschaft auf Vorgaben aus der Politik reagiert und wie schwerfällig andererseits das demokratische System funktioniert, in dem diese Vorgaben zustande gebracht werden müssen.

Dass wirtschaftliche Machtkonstellationen dabei massiv Einfluss auf demokratische Prozesse haben, steht außer Frage. Die Marktwirtschaft, so wie sie in den letzten 30 Jahren in Deutschland und anderen westlichen Industriestaaten konkret betrieben worden ist, hat ihrerseits solche wirtschaftlichen Machtkonstellationen trotz allen Wettbewerbs nicht verhindert, weil die Konzentration von Vermögen und Einkommen politisch gefördert wurde mit der (falschen) Begründung, dies sei für die Funktionstüchtigkeit der Marktwirtschaft, namentlich für die Schaffung von Investitionen und Beschäftigung, notwendig. Die politische Förderung bestand vor allem in der Absenkung von Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen sowie in der Schwächung der Position der Arbeitnehmer in Lohnverhandlungen (Stichwort Hartz IV). Meiner Ansicht nach tut man dem System Marktwirtschaft Unrecht, wenn man ihm diese Konzentration wirtschaftlicher Macht anlastet, nur weil man die Begründung, sie brauche diese starke Ungleichheit oder zumindest die Anhäufung von Finanzmitteln für Sachinvestitionen, um zu funktionieren, unbesehen übernimmt, statt sie in Frage zu stellen oder gar wie ich zu verneinen.

Neben der Steuerung der Märkte durch demokratisch beschlossene Rahmenbedingungen gibt es selbstverständlich auch die Möglichkeit, bestimmte Aktivitäten auf demokratischem Weg zu verbieten und diese Verbote durchzusetzen, was immer ein Abwägen zwischen Freiheitsrechten des einzelnen

und ihren Rückwirkungen auf andere erfordert.

Was ist also zu tun, wenn Demokratie Freiheit und damit technischen Fortschritt zulassen muss, der aber unerwünschte Folgen für Dritte hat? (Die Variante, Freiheit und Demokratie in Frage zu stellen zur Rettung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, möchte ich an dieser Stelle nicht diskutieren, so hoffnungslos bin ich (noch) nicht.) Um an dieser Stelle voran zu kommen, hilft es, die Folgen nach zwei Arten zu unterscheiden: Es gibt Folgen, die sogenannten externen Effekte des technischen Fortschritts, die sich (noch) nicht in den Marktpreisen widerspiegeln. Meist sind das negative externe Effekte, also schlechte Wirkungen. Und es gibt Folgen, die sogenannten internen Effekte, die in den Marktpreisen enthalten sind.

Zur ersten Kategorie gehören alle Beeinträchtigungen und Zerstörungen unserer natürlichen Lebensgrundlagen (Luft, Wasser, Böden, Klima, Artenvielfalt, Ökosysteme im weitesten Sinne, seltene Rohstoffvorkommen und sonstige Ressourcen etc.), die nicht durch die Ordnungspolitik verboten bzw. so reguliert sind, dass die Marktpreise eine Höhe erreichen, die entweder zur Unterlassung der Zerstörungen führt oder Einnahmen generiert, mit denen Schäden wieder repariert werden. Hier handelt es sich um ein politökonomisches Problem, das viel mit den Zeithorizonten von Politikern und Wählern zu tun hat, die in der Regel kürzer sind als die zeitlichen Dimensionen der angerichteten Umweltschäden. Oft fallen auch die Lebensräume der Verursacher und der Geschädigten auseinander (man denke nur an die CO₂ bedingt steigenden Pegel der Weltmeere), weshalb das Interesse der Verursacher an einer ihnen Kosten aufbürdenden Regulierung meist gering ist. Aber auch schlichte (Markt-) Machtverhältnisse spielen eine große Rolle.

Wichtig ist festzuhalten, dass die auf Wachstum angewiesene Marktwirtschaft in keiner bestimmten Dimension wachsen muss, dass sie nicht auf Gedeih und Verderb auf zunehmenden Ressourcenverbrauch angelegt ist. Um es platt auszudrücken: Marktwirtschaft funktioniert auch ohne eine steigende Zahl Autos, ja wir können sogar eine abnehmende Zahl Autos mit einer wachsenden Wirtschaft verbinden. Mehr saubere Luft, mehr saubere Böden, mehr sauberes Wasser, mehr Recycling, mehr Gesundheit etc. bis hin zu mehr Zeitwohlstand sind alles Kategorien, die meines Erachtens wachsen dürfen, ohne dass dem die Endlichkeit unseres Planeten entgegen steht. Mit der Befürwortung von Wachstum ist eben noch längst nicht gesagt, *was* wachsen sollte. Diese Überlegung nimmt der Feststellung, dass sich weder Freiheit noch Marktwirtschaft mit Stationarität vertragen, ihren Schrecken

Zurück zu den externen Effekten. Sie stellen kein Versagen des Marktmechanismus an sich dar, sondern es handelt sich um ein Demokratieversagen, dem mit einer breiten Wertedebatte und mit normativen Maßstäben in der Erziehung möglichst rasch und umfassend begegnet werden muss. Die Marktwirtschaft bedarf eines (demokratisch beschlossenen) Ordnungsrahmens, innerhalb dessen sie für eine effiziente, nachhaltige Ressourcenverwendung sorgt. Die notwendige Ordnungspolitik ist, selbst wenn alle konkreten Fragen von Emissionsrechtehandel, Endlagerstättensuche, Umwelt- und Sozialstandards etc. theoretisch geklärt wären (was sie bei weitem nicht sind), äußerst schwer umzusetzen. Denn es sind nicht nur demokratische Prozesse innerhalb einer Nation zu organisieren, sondern es müssen auch internationale Vereinbarungen getroffen werden. Das erfordert ein hohes Maß an Einsicht und Weitsicht der verantwortlichen Politiker und Wähler hierzulande und anderswo. Um irrepara-

ble Schäden wie etwa die Ausrottung von Tier- und Pflanzenarten zu verhindern oder wenigstens einzudämmen, müssen Verbote und deren Sanktionierung her. Ob das auf demokratischem Wege noch schnell genug geschehen kann im Vergleich zum Voranschreiten der Zerstörung, kann ich nicht beurteilen, nur hoffen. Der Preis unserer Demokratie ist, das muss man an dieser Stelle zugeben, hoch.

Zur zweiten Kategorie, den internen Effekten, gehören alle Wirkungen, die der technische Fortschritt im Preissystem nach sich zieht: Güter und Produktionsprozesse veralten und verlieren dadurch an Wert, neue Güter und neue Herstellungsverfahren treten an ihre Stelle, oft wird dabei Arbeitskraft eingespart. Bei falscher, nämlich hinter dem Produktivitätswachstum zurückbleibender Lohnpolitik münden Produktivitätszuwächse nicht in Einkommens- oder/und Freizeitwuchs. Dann kann die Nachfrage nicht so steigen, dass der Produktivitätszuwachs wenigstens beschäftigungsneutral bleibt, und schon gar nicht so, dass die Beschäftigung steigt und die Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Das ist ein wichtiger Punkt, weil er dem oben genannten Gedankengang widerspricht, Produktivitätswachstum erzeuge sozusagen automatisch Arbeitslosigkeit. Wenn dem nicht so ist, sondern "nur" eine unsinnige Wirtschaftspolitik basierend auf einem mangelnden Verständnis für die Funktionsbedingungen einer Marktwirtschaft dazu führt, dass Produktivitätszuwächse Arbeitslosigkeit nach sich ziehen, dann wäre es möglich, diese Quelle von Arbeitslosigkeit abzustellen.

Die dafür notwendigen Veränderungen sind seit langem benannt: die Schließung des globalen Finanzkasinos (Trennbankensystem, Zusammenarbeit der großen Notenbanken der Welt gegen Währungsspekulation bzw. Weltwährungssystem), die strikte Einhaltung der goldenen Lohnregel (mit all den institutionellen Sicherungen, die dazu gehören, wie z.B. Mindestlohn, Flächentarifvertrag, Tarifbindung und Allgemeinverbindlichkeitserklärung, angemessene Arbeitslosenversicherung etc.), die Aufgabe der Austeritätspolitik in der Fiskalpolitik (Abschaffung der Schuldenbremse) und des Monetarismus in der Geldpolitik, so dass ein negatives Zins-Wachstum-Differential wieder zum Normalfall wird und ZeroLowerBound-Probleme (Synonym für die Machtlosigkeit der Geldpolitik im Fall von Deflation) von vornherein vermieden werden können.

Trotzdem muss man realistischere eingestehen, dass dieses Lösungs"paket" für das Problemfeld Arbeitslosigkeit von nur wenigen verstanden wird, die noch dazu nicht an den zentralen Schalthebeln sitzen, um es umzusetzen. Deshalb kommt es zu keiner Umsetzung und so schwebt das Produktivitätswachstum wie ein Damoklesschwert über unserer Gesellschaft und anderen Ländern. Die Folge ist leider, dass viele Gutwillige, die die makroökonomischen Zusammenhänge nicht durchschauen, eine Lösung des Produktivitätsproblems ohne Beseitigung des Produktivitätszuwachses für sachlich-logisch unmöglich halten und die Pseudo-Lösung einer stationären Ökonomie anstreben. Dadurch verlieren wir wertvolle Zeit, die externen Effekte unserer Wirtschaftsweise endlich besser zu internalisieren und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren. Obendrein stehen immer mehr arbeitslose und unterbezahlte Menschen mit leeren Händen da. So verschlechtert sich die Lebensqualität unserer Kinder und die Chancen schwinden, dass sie selbst in Freiheit etwas Neues und Nachhaltiges ausprobieren können.

Zum Schluss noch ein zwiespältiger Ausblick: Es gibt zwei Ressourcen, die tatsächlich auf Dauer unbegrenzt auf unserem Planeten vorhanden sind, solange es Menschen gibt: die Ideen und die

Dummheit. Es wird darauf ankommen, dass die Ideen die Oberhand gewinnen.

Über den Autor



Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 21.06.2013

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/06/stationare-okonomie-eine-antwort-auf-arbeitslosigkeit-und-umweltzerstörung/>